

Friedenpolitik und Friedenssicherung

Woche der Wissenschaft — Recklinghausen 1967

Die Ruhrfestspiele in Recklinghausen sind in das Kreuzfeuer der Kritik geraten. Bemängelt werden aber fast ausschließlich die Theateraufführungen. Weitgehend unberücksichtigt bleibt, daß die Ruhrfestspiele mehr sind als ein bloßes Theaterfestival. Diskussionsveranstaltungen wie das Europäische Gespräch, das Junge Forum und die Woche der Wissenschaft gehören ebenso dazu wie die Kunstaussstellung Zauber des Lichts. Für viele Teilnehmer der Ruhrfestspiele ist so der abendliche Theaterbesuch lediglich der festlich-musische Abschluß eines Tages, der ausgefüllt war mit Referaten und Diskussionen — mit politischer Bildung.

Es spricht für die Kulturkonzeption des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß er meinungsbildende politische Veranstaltungen von Gewicht in die Ruhrfestspiele einbezogen hat. In besonderem Maße gilt das für die Woche der Wissenschaft, die in diesem Jahr zum drittenmal in Recklinghausen stattfand. Die Themen, die behandelt wurden, waren stets von großer Aktualität und hoher Bedeutung für die politische Bewußtseinsbildung gerade in unserem Lande. So 1965: Schule — Tradition und Reform; 1966: Die Demokratie und ihre Demokraten; 1967: *Friedenspolitik und Friedenssicherung oder Ist der Krieg eine Naturkatastrophe?*

Die Woche der Wissenschaft, veranstaltet vom DGB und seiner Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), konnte denn auch Jahr für Jahr steigende Teilnehmerzahlen registrieren. 1965 waren es 900, 1966 schon 1740 und 1967 sogar 2450 Teilnehmer, die sich engagiert an den Veranstaltungen beteiligten. Es hat sich gelohnt, daß die GEW stets bemüht war, hervorragende Referenten für die Woche der Wissenschaft zu gewinnen. Zusätzliches Gewicht erhalten die Veranstaltungen dadurch, daß es vor allem Pädagogen sind, die daran teilnehmen. Der Multiplikatoreffekt ist schon von daher bedeutend.

I

Jis gehört zu den Ruhmestaten der deutschen wie der internationalen Gewerkschaftsbewegung, daß sie sich immer für, eine Politik der Friedenssicherung und' der Verständigung zwischen allen Völkern, Rassen und Staaten eingesetzt hat", schrieb der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, *Heinz Kühn*, Schirmherr der diesjährigen Woche der Wissenschaft in seinem Geleitwort. Und: „Diejenigen, die auch seit dem Fanal von Hiroshima nicht aufhören wollen, die These vom Krieg als dem ‚Vater aller Dinge‘ zu verfechten, werden diese Veranstaltung als eine Ausgeburt utopischer Schwärmerei oder pazifistischer Kleingläubigkeit beurteilen; alle diejenigen aber, die trotz der Zerstörungen, die zwei Weltkriege in einem halben Jahrhundert in der Welt angerichtet haben, ihren Glauben an die menschliche Vernunft nicht aufgeben, werden diese Tagung als eine wesentliche und wichtige Hilfe in ihrem Ringen um eine politische Friedenssicherung betrachten.“

Der DGB und die GEW stellten ihre diesjährige Woche der Wissenschaft bewußt in die von Kühn aufgezeigte Tradition der Gewerkschaftsbewegung und bezeugten damit, daß sie ihren Glauben an den schließlichen Sieg der menschlichen Vernunft nicht aufgegeben haben. In Vorträgen, Diskussionen und wissenschaftlichen Disputen ließen 25 Wissenschaftler, Gewerkschafter, Journalisten und Politiker deutlich werden, wie eine Politik der Friedenssicherung Schritt für Schritt verwirklicht werden kann.

Es begann mit einer Bestandsaufnahme: Krieg heute. Exemplifiziert an den „Kriegsschauplätzen“ Korea, Vietnam, Deutschland, von denen der koreanische und

deutsche im Stadium des „Kalten Krieges“ eingefroren sind, der vietnamesische aber in Flammen steht. Die Diskussion konzentrierte sich hauptsächlich auf den *Vietnamkrieg*. Das Engagement der Amerikaner dort fand kaum Unterstützung. Lediglich der Journalist *David Binder* (*New York Times*) setzte sich dafür ein. Professor *Iring Fetscher*, Frankfurt, setzte dagegen:

„Die Präsenz amerikanischer Truppen in einem überdimensionalen Umfang wie gegenwärtig in Südostasien verringert nicht nur die Manövrierfähigkeit der amerikanischen Politik und Strategie, sie schadet auch direkt sowohl den Beziehungen der Großmächte als auch dem Image der USA in der dritten Welt. Gegenüber diesen Nachteilen wiegen die Chancen eines militärischen Erfolges, der höchst zweifelhaft ist, sehr gering. Auch ohne jede völkerrechtliche oder moralische Würdigung des Vietnamkonflikts spricht daher allein die realistische Einschätzung der Lage für eine baldige Beendigung des Krieges ohne jede Rücksicht auf einen vorübergehenden Gesichtsverlust, den gerade eine Großmacht sich leisten kann.“

Die Behauptung amerikanischer Regierungen, sie kämpften in Vietnam auch für die Freiheit Westberlins und der Bundesrepublik, lehnte Fetscher strikt ab. Denn: „Während in Vietnam Gründe und Anlässe für einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg durch Franzosen und Amerikaner nicht nur nicht beseitigt, sondern vielfach sogar noch gestärkt wurden, hat die Mehrheit der Bevölkerung Westberlins und der Bundesrepublik die demokratisch-liberale Verfassung und das System der Marktwirtschaft auch in seiner gegenwärtigen Gestalt akzeptiert. Hier bedeutete die Anwesenheit amerikanischer Waffen lediglich eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls, keine Unterstützung einer Partei im Bürgerkrieg.“

Jakob Moneta, Chefredakteur der Zeitschriften der IG Metall, warnte davor, daß die Eskalation in Vietnam noch weitergehen könne. Er, ebenso wie der Politologe Dr. *Krippendorff* und der SPD-Bundestagsabgeordnete *Karl Wienand*, setzte sich für eine Neuorientierung der Entwicklungshilfe ein. Wienand plädierte zudem für eine forcierte Abrüstungspolitik.

II

Aber, auch diese Frage wurde gestellt, gefährdet eine konsequente Abrüstung nicht die Konjunktur? Sind nicht Rezession und Arbeitslosigkeit die Folgen? *Fritz Vilmar* zitierte einen Spitzenmanager der amerikanischen Industrie, der 1960 erklärte, es gebe keine größere Bedrohung der USA als einen echten Friedensplan der UdSSR, der nicht zurückgewiesen werden könne. Ein solches Friedensangebot würde die größte Wirtschaftsdepression hervorrufen, die Amerika je gekannt habe. Tatsächlich sind in den Vereinigten Staaten 10 vH des Bruttosozialproduktes und des Arbeitskräftepotentials an militärische Zwecke gebunden. Erschwerend komme hinzu, meinte Vilmar, daß in den westlichen Industrieländern keine Planungseinrichtungen und Planungsvollmachten existieren, die mit demokratischer Autorität eine Umstrukturierung der Rüstungsindustrie konzipieren und notfalls erzwingen könnten. Seine Schlußfolgerung: Eine realistische Abrüstungspolitik ist nur möglich, wenn in den Parlamenten der westlichen Industriestaaten Mehrheiten zur Macht kommen, die bereit sind, auch gegen den Widerstand bestimmter privatwirtschaftlicher Machtgruppen das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse zu vertreten und die erforderlichen staatlichen Eingriffe in der Wirtschaft vorzunehmen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch der Soziologe *Gerhard Brandt*, Frankfurt: „Aus der fatalen Verschränkung von militärischer Rüstung, Technik und Wirtschaft ergeben sich zwei wichtige Aufgaben für die politische Praxis. Einmal käme es darauf an, die militär- und rüstungspolitische Planung daraufhin zu prüfen, ob sie den Postulaten einer rationalen Sicherheitspolitik — der glaubwürdigen Abschreckung, der wirksamen Ver-

teidigung, der Rüstungskontrolle und der kontrollierten allgemeinen Abrüstung — genügt.

Hielten sich die europäischen Mächte an diese Postulate, so hätten sie im Rahmen einer interalliierten Arbeitsteilung in erster Linie konventionelle Streitkräfte bereitzustellen mit der Aufgabe, der Auslösung lokaler Konflikte entgegenzuwirken. Zum anderen wäre es notwendig, den Gang des technischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Entwicklung aus der Abhängigkeit vom Rüstungswettlauf zu lösen. Hierzu bedürfte es der Verwirklichung eines umfassenden Programms zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, das, aus öffentlichen Mitteln finanziert, allein und unmittelbar dem zivilen technischen Fortschritt diene. Schwierigkeiten dürfte dabei weniger die Formulierung eines solchen Programms als seine Durchsetzung gegen die partikularen Interessen mächtiger Gruppen bereiten. Diese zu überwinden, bedürfte es tiefgreifender institutioneller Veränderungen unseres politischen und wirtschaftlichen Systems."

Der Soziologe *Elmar Altvater*, München, präziserte, was not tut: permanente Verbesserung der Infrastruktur; vorausschauende Planung und damit Einschränkung des Marktmechanismus; Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung — die Alternative hieße Militarisierung; Internationalisierung größerer Projekte. Auf einen allgemeinen Nenner gebracht bedeute das, daß sich die Sozialisierungstendenzen verstärken müßten.

Die Opposition gegen diese Thesen blieb gering. Der Rüstungsindustrielle *Ludwig Bölkow*, der den Krieg zunächst durch abschreckende Verteidigungswaffen im Zaume halten wollte, gestand schließlich zu, daß er glücklich wäre, wenn der Mensch dazu gebracht werden könnte, das Messer in der Tasche zu lassen. Die Naturwissenschaftler seien sich im übrigen einig, daß es für sie lohnendere Aufgaben gäbe als die Rüstung. Beispielsweise, den Hunger in der Welt zu bekämpfen.

Lediglich ein einsamer Bundeswehrmajor lockte unbußfertig wider den Stachel. Als studierter Geologe und Paläontologe, so meinte er, habe er erfahren, daß der „Kampf ums Dasein“ ein Naturgesetz sei. Aber sein mißverständlicher Darwinismus hatte in Recklinghausen keine Chance. Er erntete nichts als energischen Widerspruch.

III

Ähnlich erging es dann noch dem CDU-Politiker *Ernst Majonica*, der zum Thema „Können die Deutschen einen Beitrag zur Friedenssicherung leisten?“ nicht viel mehr beisteuerte als Parolen aus der Zeit des kalten Krieges. Den erfreulich aufgeschlossenen Thesen des Völkerrechtlers Professor *Eberhard Menzel*, Hamburg, setzte er entgegen, der Antikommunismus habe gute Gründe.

Bessere Gründe sprechen allerdings für die Vorschläge Professor Menzels. Hier sind sie:

Es ist erforderlich, daß auch in der Bundesrepublik Friedensforschung, Friedensplanung und Friedenspsychologie betrieben und gefördert werden. „Wir brauchen einen *Clausewitz des Friedens*.“

Die Bundesrepublik muß jeden möglichen Beitrag leisten, damit die Fronten und Blöcke in Europa aufgelockert werden.

Die Bundesrepublik muß intensiver, glaubwürdiger und mit juristisch eindeutigen Formulierungen auf die Anwendung von Gewalt verzichten, den nationalen Besitz von Atomwaffen ablehnen, Atomkontrollen durch internationale Instanzen fördern und mithelfen, entmilitarisierte Zonen zu schaffen.

Zu den östlichen Nachbarn muß die Bundesrepublik gute Beziehungen herstellen, die *Hallstein-Doktrin* flexibler anwenden und zur DDR ein neues Verhältnis gewinnen.

Angestrebt werden kann eine paritätisch besetzte Expertenkommission, die Gesetzentwürfe zu erarbeiten hat, die dann dem Bundestag und der Volkskammer zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Eine solche parallele Gesetzgebung erweist sich möglicherweise als Schritt zur Wiedervereinigung.

Diesen Vorschlägen stimmte das Auditorium zu. Auch der FDP-Politiker *Hans Wolfgang Rubin* unterstützte sie: „Es ist zu beklagen, daß die Realität DDR nicht erkannt wird. Wir werden zu keiner Regelung kommen, die den Menschen in der DDR entscheidende Erleichterungen verschafft, wenn wir nicht zuvor ein Minimum an Gesprächen erreichen.“ Es dürfte allerdings nicht übersehen werden, meinte Rubin, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die von Menzel skizzierte vernünftige Politik nicht wolle. Die bisherigen Wahlergebnisse zeigten es deutlich. Erhebliche Restbestände des Kalten Krieges erschwerten eine neue Politik. Und dies, so Rubin, obgleich sich der Kommunismus in Osteuropa wandelte: vom Stalinismus über den nationalen Kommunismus zu einer Art Sozialismus.

Diesen Wandel ganz vollzogen haben in den Ostblockländern erst einige wenige. Einer von ihnen sprach in Recklinghausen: *Milan Machovec*, Philosophieprofessor aus Prag. Er fand stärksten Beifall, als er an Ost und West appellierte: „Die sich Christen nennen, sollten bessere Christen werden; die sich Liberale nennen, sollten die Freiheit noch mehr achten; die behaupten, Marxisten zu sein, sollten zum humanen Sozialismus vorstoßen. In allen Systemen der Welt aber muß man den Fanatikern den Kampf ansagen. So wird man sich näherkommen, so wird es möglich werden, über die Koexistenz zur Kooperation aller Völker vorzustoßen.“

Machovec plädierte dafür, das Mitmenschliche stärker zu beachten. Noch schrecklicher als der Krieg sei, daß viele Menschen am Leben verzweifeln, daß sie ihr Dasein als sinnlos ansehen. Flucht in die private Sphäre und tausend Möglichkeiten der menschlichen Ersatzbefriedigung durch Vergötzung von Sachen zeigten desillusionierend die deprimirenden Tendenzen der modernen Welt in Ost und West.

IV

Was aber ist zu tun? Kann man den Menschen zum Frieden *erziehen*?. Die Teilnehmer der Woche der Wissenschaft versuchten, auch auf diese Fragen eine Antwort zu finden. Besondere Bedeutung wurde dabei dem *Geschichtsunterricht* zugemessen.

Dazu Professor *Anton Gail*, Köln: „Die zum Teil bis heute zu beobachtende Bevorzugung des Krieges im Geschichtsunterricht geht wesentlich auf das Weiterwirken etatistisch-machtpolitischen Denkens in der Meinungsbildung der Öffentlichkeit wie in der Geschichtswissenschaft zurück. Die extremen Züge des Geschichtsunterrichts der nationalsozialistischen Zeit hatten darin, vor allem aber in der Pflege des Sendungsbewußtseins und der Lehre von der geschichtlichen Notwendigkeit ihre Wurzeln. Friedensarbeit, Friedensordnungen und die überstaatlichen Organisationen und deren Wirksamkeit kommen im Geschichtsunterricht nur zu angemessener Behandlung und Bewertung, sofern er sozialgeschichtlich und universalhistorisch orientiert ist. Es kann nicht seine Aufgabe sein, den Krieg etwa als das zu behandeln, was nicht sein kann, weil es nicht sein darf, doch sein politischer Stellenwert kann nur da objektiv und angemessen demonstriert werden, wo die gesellschaftlichen Kräfte und Wandlungen sowie das innerstaatliche und überstaatliche Ringen um Ausgleich und Friedensordnung im Vordergrund der Szene stehen.“

Diese Feststellungen präziserte Professor *Georg Eckert*, Braunschweig, Präsident der deutschen UNESCO-Kommission, durch eine Frage: „Wie sollen die Schüler jemals begreifen, daß sie zum Krieg verführt werden können durch psychologische Taschen-

spielertricks, wie sollen sie die Dynamik und die ungeheuren Kräfte unserer Zeit außerhalb Deutschlands erkennen, wenn Geschichtsbücher sich mehr für die Schlachten als die Friedensschlüsse interessieren ? "

Professor *Gail* schlußfolgerte, die Schule dürfe nicht länger Obrigkeitsschule bleiben, in der Geschichtslehrer sich als ausführende Organe der Obrigkeit verstehen. Und Professor *Felix Messerschmidt*, Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing, ergänzte: „Was in der Schule geschieht, steht in engem Verhältnis zum Zustand unserer Gesellschaft. Wie soll der Lehrer von sich aus die Dialogfähigkeit gegenüber dem Osten fördern, da sie allgemein so unterentwickelt ist? In der Schule soll nicht mehr brav dahergeredet werden, sondern mit aktuellen Bezügen. Wie sonst sollten wir je verstehen, warum in Berlin und anderswo Studenten gegen den Vietnamkrieg, den Schah usw. demonstrieren? Der Lehrer muß Bewußtsein und Widerstandswillen gegen atomare Bewaffnung zur Sprache bringen.“

V

In der Schule kann und muß einiges geschehen, um die Erziehung zum Frieden zu fördern, darüber war man sich in Recklinghausen einig. Aber die Schule ist überfordert, wenn *sie allein* diese Aufgabe meistern soll; denn, so Professor Eckert: „Die Schule kann nicht entscheidend besser sein als die Gesellschaft.“

In unserer Gesellschaft indes gibt es starke Kräfte, die sich einer engagierten Erziehung zum Frieden widersetzen. Der Politologe Professor *Ossip K. Flechtheim*, Berlin, nannte sie beim Namen:

„An der Aufrechterhaltung und ‚Verbesserung‘ der Armeen, Flotten usw. sind die Militärs interessiert, aber auch die traditionellen Diplomaten und Politiker, die Staats- und Kirchenideologen, erhebliche Teile der ‚Wirtschaft‘ und der Wissenschaft; neben den Magnaten und Managern aber auch die Arbeiter und Angestellten im Rüstungssektor der Wirtschaft.“

Darüber hinaus sind wir alle mehr oder weniger an den tradierten Institutionen fixiert. Der Übergang von einer Kriegs- zu einer Friedenswirtschaft, Friedensgesellschaft und Friedenskultur käme einer radikalen und totalen ‚Revolution‘ gleich, einer ‚Mutation der Menschheit‘ (Bertaux), wäre so umfassend und weitreichend wie die Abschaffung des Kannibalismus (Baade). Wir schrecken davor zurück und fürchten, den Preis dafür zu zahlen.“

So könne die Erziehung zum Frieden nur gegen mächtige Institutionen, Traditionen, Kräfte und Interessen durchgesetzt werden. Träger einer solchen Erziehung seien daher heute nur Minderheiten: fortschrittliche Intellektuelle, die studentische und gewerkschaftlich organisierte Jugend, Pazifisten usw. Begünstigt werde die Erziehung zum Frieden durch die Entfaltung einer kritischen Wissenschaft, Demokratisierungserscheinungen wie u. a. größere Bildungsmöglichkeiten und demokratische Ideologien sowie die wachsenden Gefahren moderner Kriegsführung auch für die Mächtigen. Flechtheim: „Die Größe der Aufgabe bleibt — sie muß Hand in Hand gehen mit dem Kampf für die Umstrukturierung der Institutionen unserer Gesellschaft, mit dem Kampf für internationale Entspannung und gewaltlose Konfliktlösung, für Abrüstung und Stärkung der internationalen Organisationen und Institutionen.“

VI

Das positive Echo, das die diesjährige Woche der Wissenschaft bei den Teilnehmern fand, stimmt zuversichtlich. Die emotionellen Barrieren und die bornierten Stereotypen, die einer engagierten Friedenspolitik im Wege stehen, dürften sich mehr und mehr abbauen lassen. Eine überwiegend rationale Analyse der Gründe für kriegerische Aus-

einandersetzungen scheint sich anzubahnen. Die lobenswerte Tagung in Recklinghausen hat erheblich dazu beigetragen.

Auch ein handfester Erfolg blieb der diesjährigen Woche der Wissenschaft nicht versagt. Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, *Holthoff*, kündigte in seiner Abschlusssprache an, daß an der künftigen Universität in Bielefeld ein *Friedensinstitut* eingerichtet werden soll. *Holthoff* entsprach damit einer während der Tagung mehrfach vorgetragenen Forderung, endlich auch in der Bundesrepublik ein Institut zu etablieren, das sich interdisziplinär mit den Fragen der Friedenssicherung, der Friedensplanung und der Friedenserziehung befaßt.

Anzumerken ist überdies, daß an den Veranstaltungen in diesem Jahr außer den Pädagogen der GEW eine bedeutende Anzahl von Mitgliedern anderer DGB-Gewerkschaften teilnahm. Hier gab insbesondere die IG Metall ein nachahmenswertes Beispiel. In Zusammenarbeit mit der Woche der Wissenschaft veranstaltete sie in Haltern am See ein Seminar, in dem 25 Mitarbeiter der IG Metall die Themen. Friedenspolitik und • Friedenssicherung durcharbeiteten. Die Vorträge und Debatten der Veranstaltungen der Woche der Wissenschaft gaben den Teilnehmern die Diskussions- und Arbeitsgrundlagen. Das ist ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Im übrigen läßt sich der Erfolg dieser fünftägigen Veranstaltung natürlich nicht statistisch nachweisen. Aber ohne Zweifel ist es den Initiatoren der Tagung gelungen, die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer davon zu überzeugen, welche entscheidende Bedeutung dem Frieden für unsere Welt heute zukommt. Das ist ein Gewinn, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Denn die Einsicht in die Notwendigkeit einer Friedenspolitik und Friedenssicherung wird den einzelnen ermutigen, sich dafür in seinem Wirkungsbereich einzusetzen. Und wenn es sich dabei um Pädagogen und Gewerkschafter handelt, dann dürfte das wie ein Schneeballsystem wirken. So zeigt sich von Jahr zu Jahr mehr, wie gut beraten der DGB und die GEW waren, die Woche der Wissenschaft in die Ruhrfestspiele in Recklinghausen einzubeziehen.